

- Vollzug des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) –

Allgemeinverfügung

zur Anordnung von Schutzmaßnahmen durch das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Schwerin gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 2, 25 i.V.m. §§ 29, 30 Infektionsschutzgesetz

- Sonderpädagogisches Förderzentrum „Am Fernsehturm“-

-Klasse 5 b-

vom 24.08.21

I. Adressaten dieser Allgemeinverfügung sind

1. Alle Schüler/-innen der **Klasse 5 b** des Sonderpädagogischen Förderzentrums „Am Fernsehturm“, Andrej-Sacharow-Str. 75, 19061 Schwerin, welche in dem Zeitraum vom 17.08.2021 bis 20.08.2021, auch nur tageweise in der Schule anwesend waren.
2. Ausgenommen sind Personen der unter Ziff. I. 1 genannten Kinder, die positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurden. Gegenüber letztgenannten Personen erfolgt eine separate Anordnung der Maßnahmen.

II. Anordnungen

1. Die unter I.1. genannten Personen sind direkte Kontaktpersonen bzw. Ansteckungsverdächtige zu einer mit Coronavirus SARS-CoV-2 infizierten bzw. an COVID-19 erkrankten Person aus dem o.g. Teilnehmerkreis.
2. Gegenüber den unter I.1. genannten Personen wird, unabhängig vom Vorliegen von Symptomen, eine Absonderung in der Häuslichkeit (häuslichen Quarantäne) angeordnet.

Dieses betrifft den Zeitraum bis einschließlich 03.09.2021, 24:00 Uhr.

3. Direkte Kontakte innerhalb der Familie und im Freundeskreis (häusliche Quarantäne/ Absonderung) haben in dieser Zeit, soweit möglich, zu unterbleiben.

4. Ausgenommen von der Quarantäneanordnung gem. Ziff. II 2. und 3. sind Personen, die bereits genesen sind oder vollständigen Impfschutz (14 Tage nach Zweitimpfung) im Hinblick auf SARS-CoV-2 haben.

5. **Es wird eine PCR-Testung auf SARS-CoV-2**
 am **25.08.21** im Testzentrum Berliner Platz, Berliner Platz 4, 19063 Schwerin von 10:00 – 16:00 Uhr
 sowie am vorletzten Tag der häuslichen Quarantäne,
 am **02.09.2021**, im Testzentrum der Helios Kliniken, Wismarsche Str. 393-397, 19055 Schwerin von 13.00 - 17.00 Uhr angeordnet.

6. Ist eine ärztliche Behandlung erforderlich, haben die unter I. genannten Personen, den Hausarzt oder den Bereitschaftsdienst (Rufnummer 116117) telefonisch zu kontaktieren. Bei schwerer Symptomatik ist die Rettungsleitstelle bezüglich der Notwendigkeit des Notarzteinsatzes (112) oder telefonisch die Notaufnahme des Krankenhauses zu benachrichtigen.

7. Sollten die unter Punkt 1 bis 6 genannten Regelungen nicht anordnungsgemäß ausgeführt werden, wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 500 € bis 2.000 € angedroht.

8. Sofern Krankheitssymptome auftreten (z. B. Hals-, Kopf-, Gliederschmerzen, Fieber, Husten und/oder Verlust von Geschmacks-/Geruchssinn), ist unverzüglich das Bürgertelefon unter der Rufnummer 0385/ 545-3333 zu informieren.

III. Vollziehbarkeit

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar, § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG. Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung. Diese Anordnungen müssen auch dann befolgt werden, wenn sie mit einem Rechtsmittel angefochten werden.

Zur Begründung wird auf untenstehende Ausführungen verwiesen. Die sofortige Vollziehung ist insbesondere auf Grund der schnellen Verbreitung und der hohen Virulenz des COVID19-Erregers erforderlich. Maßnahmen des Infektionsschutzes müssen sofort umgesetzt werden,

eine Verzögerung der Umsetzung angeordneter Maßnahmen kann die Gesundheit und das Leben von Menschen erheblichen Gefahren aussetzen.

Begründung:

Die vorliegende Anordnung verfolgt das Ziel, durch vollständige Isolation aller betroffenen Personen das lokale Infektionsgeschehen möglichst vollständig zum Erliegen zu bringen.

1. Sachverhalt:

Am 19.08.2021 wurde bei einem Kind, welches die Klasse 5 b der o.g. Schule besucht, ein positiver Nachweis an SARS-CoV-2 erbracht. Am 24.08.2021 zeigte sich bei zwei weiteren Kindern aus der Klasse ein positives Testergebnis. Die betroffenen Kinder waren in ihrer für sie jeweils maßgeblichen ansteckungsfähigen Zeit noch vom 17.8.2021 bis 20.08.2021 in der Schule anwesend, so dass das Infektionsgeschehen und der Personenkreis der Ansteckungsverdächtigen im Hinblick auf die Unterbrechung von Infektionsketten nicht eindeutig nachvollziehbar und als diffus einzuschätzen ist.

2. Rechtliche Würdigung

Die getroffenen Anordnungen stützen sich sowohl auf §§ 16, 25, 28, 29, 30, 31 IfSG als auch auf § 10 Abs. 1 ÖGDG M-V. Nach § 16 Absatz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit hierdurch drohenden Gefahren, wenn Tatsachen festgestellt werden, die zum Auftreten einer übertragbaren Krankheit führen können oder anzunehmen ist, dass solche Tatsachen vorliegen.

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt oder ergibt sich, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, so trifft gemäß § 28 Absatz 1 S. 1 IfSG die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, insbesondere die in den §§ 29 bis 31 IfSG genannten, soweit und solange es zur Verhinderung oder Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist; sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 29 IfSG können Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige und Ausscheider einer Beobachtung unterworfen werden. Wer einer Beobachtung nach Absatz 1 unterworfen ist, hat die erforderlichen Untersuchungen durch die Beauftragten des Gesundheitsamtes zu dulden und den Anordnungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten. § 25 Absatz 3 IfSG gilt entsprechend. Eine Person nach Satz 1 ist ferner verpflichtet, den Beauftragten des Gesundheitsamtes zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu seiner Wohnung zu gestatten, auf Verlangen ihnen über alle seinen Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben und im Falle des Wechsels der Hauptwohnung oder des gewöhnlichen Aufenthaltes unverzüglich dem bisher zuständigen Gesundheitsamt Anzeige zu erstatten. Die Anzeigepflicht gilt auch bei Änderungen einer Tätigkeit im Lebensmittelbereich im Sinne von § 42 Absatz 1 Satz 1 IfSG oder in Einrichtungen im Sinne von § 23 Absatz 5 oder § 36 Absatz 1 IfSG sowie beim Wechsel einer Gemeinschaftseinrichtung im Sinne von § 33 IfSG. § 16 Absatz 2 Satz 4 IfSG gilt entsprechend. Die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit (Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz), der Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz) werden insoweit eingeschränkt.

Rechtsgrundlage für die Anordnung des PCR-Testes ist § 25 IfSG. Danach kann das Gesundheitsamt Untersuchungen und Entnahmen von Untersuchungsmaterial anordnen. In diesem Zusammenhang sind Abstriche von Haut und Schleimhäuten ausdrücklich benannt. Nach § 25 Abs. 5 IfSG werden die Grundrechte der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person insoweit eingeschränkt. Bei der Testung handelt es sich um eine notwendige Maßnahme, um zu gewährleisten, dass mögliche Infektionsketten schnell nachverfolgt und unterbrochen werden können, um eine weitere Ausbreitung des Virus nach außen zu kontrollieren. Das Testen asymptomatischer Kontaktpersonen ist auch vom RKI als wichtiger Baustein im Rahmen der Bewältigung der Pandemie benannt. Der Eingriff ist zwar unangenehm, aber nicht gravierend und auch nicht gesundheitsgefährdend, so dass das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG im Verhältnis zu dem mit der Maßnahme verfolgten legitimen Ziel eines effektiven Infektionsschutzes als gering zu bewerten ist und gegenüber dem öffentlichen Interesse am Gesundheitsschutz der Bevölkerung und dem Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung zurücktreten muss. Nach den Vorgaben des RKI ist nicht auszuschließen, dass noch am 14. Tag nach dem Kontakt mit der Referenzperson eine Symptomatik auftreten könnte.

Bei der sich seit 2020 weltweit verbreitenden Erkrankung COVID-19, die durch den Coronavirus (SARS-CoV-2) verursacht wird, handelt es sich um eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 28 Absatz 1 Satz 1 i.V.m. § 2 Nr. 3 IfSG. Dabei kann im Hinblick auf die exponentielle Steigerung der Infektionszahlen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in anderen Staaten bislang lediglich festgestellt werden, dass diese Krankheit augenscheinlich leicht übertragbar ist, ohne dass die Übertragungswege im Einzelnen geklärt sind. Hauptübertragungsweg ist die respiratorische Aufnahme virushaltiger Partikel, die beim Atmen, Husten, Sprechen, Singen und Niesen entstehen (vgl. RKI SARS-CoV-2 Steckbrief, Stand 14. Juli 2021, www.bit.ly/2UGSnkB).

Die unter Ziffer I. 1 genannten Kinder wurden im Rahmen der Ermittlungen zu Fällen einer Erkrankung an dem neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) als Kontaktpersonen festgestellt. Es handelt sich hier um eine hochgradig ansteckende Erkrankung, sodass für die in Ziffer I. 1 genannten Personen die konkrete Gefahr besteht, angesteckt zu sein, zu erkranken oder weitere anzustecken.

Der genannte Personenkreis ist aufgrund eines bestätigten Covid-19-Fälle, die im Zusammenhang mit dem unter Ziff. I. 1 genannten Ort und Zeit aufgetreten sind, als Kontaktperson 1. Grades zu beurteilen. Die Personen zu I. 1 waren in einer so nahen örtlichen Beziehung zu den auf SARS-CoV-2 positiv getesteten Personen, dass eine häusliche Isolation eine geeignete, notwendige und erforderliche Maßnahme zur Verhütung der Ausbreitung und Unterbrechung der Infektionsketten ist. Ansteckungen können mithin nicht ausgeschlossen werden. Das Gesundheitsamt setzt eine Quarantänedauer von 14 Tagen fest, durch den hinreichend sichergestellt wird, dass von den betroffenen Personen keine Ansteckungsgefahr mehr ausgeht (vgl. RKI SARS-CoV-2 Steckbrief, Stand 14. Juli 2021, www.bit.ly/2UGSnkB); am 25. August 2021 erfolgt eine erste Testung, am vorletzten Tag des mutmaßlichen Inkubationszeitraums (02.09.21) eine weitere Testung. Ausgenommen von der Quarantäneanordnung sind vor dem Hintergrund der reduzierten Ansteckungsgefahr bereits genesene und geimpfte Personen.

Die Ermächtigungsgrundlagen der §§ 16 und 28 IfSG räumen der Gesundheitsbehörde Ermessen ein. Die Gesundheitsbehörde hat ihr Ermessen entsprechend dem Zweck der Ermächtigung auszuüben und die gesetzlichen Grenzen des Ermessens einzuhalten. Die Anordnungen sind geeignet, um die Ausbreitung der weltweit verbreiteten Erkrankung COVID-

19, die durch den Coronavirus (SARS-CoV-2) verursacht wird, einzudämmen. Die rasante Ausbreitung des Coronavirus (SARSCoV-2) und die damit einhergehenden schweren Erkrankungen können gerade durch die angeordneten Maßnahmen der Quarantäne verhindert werden. Mildere gleich geeignete Schutzmaßnahmen sind angesichts der bestehenden Gefahrenlage nicht ersichtlich. Zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des Krankheitserregers ist eine Absonderung für den angeordneten Zeitraum auch angemessen, da der angeordnete Zeitraum verspricht, die Ansteckungsfähigkeit der betroffenen Personen zu unterbinden.

Gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 ÖGDG M-V hat der Öffentliche Gesundheitsdienst auf Menschen übertragbare Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. COVID-19, welche durch den Coronavirus (SARS-CoV-2) verursacht wird, ist eine solche übertragbare Krankheit im Sinne des § 10 Abs. 1 ÖGDG M-V, die somit durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst durch die angeordneten Maßnahmen zu bekämpfen.

Die zuvor zum IfSG angestellten Erwägungen hinsichtlich der Ermessensausübung sind sinngemäß auf die Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen nach dieser Norm zu übertragen und greifen auch hier für eine Rechtfertigung durch.

Rechtsgrundlage für das Zwangsmittel sind die §§ 79, 80 Abs. 1 Nr. 2, 86 Abs. 1 Nr. 1, 88 Abs. 1 Nr. 1 M-V in Verbindung mit § 110 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens ist das Zwangsgeld das geeignete, erforderliche und auch angemessene Zwangsmittel, da zu gewährleisten ist, dass Sie die angeordneten Maßnahmen ausführen.

Hinweis:

Nach § 56 Infektionsschutzgesetz können Personen, die einem persönlichen amtlichen Tätigkeitsverbot oder einer Quarantäneanordnung unterliegen und dadurch einen Verdienstaufschlag erleiden, eine Entschädigung erhalten. Diese beträgt in den ersten sechs Wochen 100 Prozent des Netto-Verdienstaufschlags. Der Arbeitgeber zahlt den Lohn in dieser Zeit fort. Den Arbeitgebern werden die ausgezahlten Beträge gemäß § 56 Abs. 5 Satz 2 Infektionsschutzgesetz auf Antrag vom LAGuS erstattet. Auch Selbstständige haben einen

Anspruch auf Entschädigung. Alle wichtigen Informationen sowie die Antragsformulare sind zu finden auf: <https://ifsg-online.de> Die Anträge können und sollten online gestellt werden. Auf der Internetseite des LAGuS finden Sie zudem das aktuelle Merkblatt und die Kontaktdaten des zuständigen Versorgungsamtes, das bei der Online-Antragstellung auch behilflich ist: https://www.lagus.mv-regierung.de/Soziales/Soziales_Entschaedigungsrecht/Infektionsschutzgesetz/.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntgabe Widerspruch beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin erhoben werden. Ein Widerspruch hat wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Schwerin, den

24.08.2021

Datum der Ausfertigung



Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Schwerin

Dr. Rico Badenschier

Im Internet unter www.schwerin.de/bekanntmachungen am 24.08.2021 veröffentlicht.